

Haushaltsrede 2007-05-29

- Es gilt das gesprochene Wort. -

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Szabados, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Bürgerinnen und Bürger,

Frau Oberbürgermeisterin a. D., Häußler, hat dem Stadtrat den Haushaltsentwurf für das Jahr 2007 erst im Februar dieses Jahres eingereicht. Trotz eines bestehenden Beschlusses, die Eckdaten für die Haushaltsberatungen 2007 bereits im Sommer 2006 in den einzelnen Ausschüssen zu beraten, wurde abermals der Wille des Stadtrates ignoriert.

Erstmalig, meine Damen und Herren Stadträte, hat sich die Stadtverwaltung, zudem über die Köpfe der Fraktionen hinweg entschieden, den Haushalt nicht in den Stadtrat einzubringen, sondern ihn einfach ohne Vorankündigung in den Fachausschüssen beraten zu lassen. Obwohl es durchaus das Recht der Verwaltung ist, so zu handeln, hat es doch in unseren Reihen für einige Verwunderung gesorgt. Damit nicht genug, wurde im weiteren Ablauf der Einbringung die Geschäftsordnung ausgehebelt. Zum einen wurden den sachkundigen Einwohnern die Unterlagen zum Haushalt anfänglich gar nicht zur Verfügung gestellt und zum Anderen die Einbringung des Haushaltes als Notiz auf die Tagesordnung der Fachausschüsse gesetzt. Das hatte zur Folge, dass die Behandlung des Haushaltes in den Gremien zunächst abgelehnt wurde. Der Grund für die plötzliche Eile der Stadtverwaltung hat sich einigen Stadträten bis heute nicht erschlossen.

Die Behandlung des Haushaltsentwurfes im Finanzausschuss wurde dann um einen Monat verschoben, da zum einen 20 Mio. € zusätzlich in die Haushaltskonsolidierung eingearbeitet werden sollten – dies ist bis heute nicht wirklich geschehen. und

Zum Anderen, meine Damen und Herren, wurden überarbeitete Papiere eingereicht – die den Umfang des HH-Entwurfs vom Februar erreichten, so dass dieser bereits nur noch Makulatur war.

Selbst der aktuelle Entwurf, Stand 16.05.2007, weist einen falschen Fehlbetrag für das vergangene Haushaltsjahr auf. Statt 56,4 Millionen Euro gibt es ein tatsächliches

IST in Höhe von 42 Millionen Euro. Dies ist nur eines der vielen Beispiele mit dem wir uns Stadträte auseinandersetzen mussten.

Für mich, meine Damen und Herren, stellt sich die Frage, wie transparent ist das uns wiederholt geänderte und vorgelegte Zahlenwerk wirklich?

Der Höhepunkt der vorbereitenden Haushaltsplanungen, war die Ankündigung der Stadtverwaltung, alle freiwilligen Leistungen an die Vereine zu stoppen. Das Ziel der Stadtverwaltung, Druck auf die Landesregierung auszuüben ist fehlgeschlagen. Die Vereine für diese Art Protest zu benutzen ist in Empörung umgeschlagen – bei den verantwortlichen ehrenamtlichen und den hauptamtlichen Mitarbeitern der entsprechenden Einrichtungen.

Zwar wurde der Druck von den Vereinen genommen aber der angekündigte Erlass der Landesregierung lässt noch immer auf sich warten.

Sehr geehrte Damen und Herren,

was ist das Hauptproblem unserer und anderer Kommunen ? Die wachsenden Defizite. Zum einen ausgelöst durch permanent zunehmende Aufgabenübertragung und gleichzeitig abgesenkten Bundes- und Landeszuweisungen. Geld das unserer Kommune in der Gestaltung fehlt und das zusätzlich zur Haushaltskonsolidierung aufgebracht werden muss.

Die Erwartungen, auch unserer Kommune, an das seit dem 01.01.2005 in Kraft getretene Sozialgesetzbuch II – Grundsicherung für Arbeitssuchende – waren groß. Wir haben uns Entlastung für den städtischen Haushalt erhofft, eingetreten ist das Gegenteil.

Die Bedarfsgemeinschaften sind gestiegen, immer mehr Bürgerinnen und Bürger werden zu ALG-II-Empfängern und geraten in die private Schuldenfalle, oft ohne ihr eigenes Zutun. Kürzungen im sozialen Sicherungssystem werden sich aber in der Zukunft rächen, da nur noch Mangel verwaltet wird. So wurden zum Beispiel Mittel für Beratungszentren gekürzt, Schulsozialarbeit wurde ganz gestrichen und psychosoziale Beratung der Betroffenen wird immer mehr eingeschränkt.

Meine Damen und Herren, um diese Probleme zu mildern haben sich die Oberbürgermeister von Halle, Magdeburg und Dessau mit Vertretern der Landesregierung an einen Tisch gesetzt. Als Ergebnis gab es die Ankündigung, dass

die Städte zur Ablösung der Kassenkreditzinsen auf die Unterstützung des Landes bauen können. Eine verbindliche Umsetzung dieser Aussage fehlt bis zum heutigen Tage.

Hoffnung kann geschöpft werden, wenn man sich die geplanten und kassenwirksamen Defizite unserer Stadt ansieht. So wurde für das Jahr 2005 ein Fehlbetrag in Höhe 54,9 Millionen Euro ausgewiesen. Kassenwirksam hingegen waren nur 51,4 Millionen Euro.

Für das Jahr 2006 standen 56,4 Millionen Euro auf dem Plan aber nur 42 Millionen Euro wurden im IST festgestellt.

Für das laufende Haushaltsjahr ist ein Defizit von 38,4 Millionen Euro eingeplant. Hier bleibt für mich die Hoffnung, dass auch dieser geplante Betrag deutlich unterschritten werden kann.

Trotz dieser Tendenz sind wir bei einem Schuldenberg in Höhe von 350 Millionen Euro angelangt. Das ergibt eine Pro-Kopf-Verschuldung für unsere Bürgerinnen und Bürger in Höhe von ca. 1700 Euro.

Sehr geehrte Damen und Herren,

an dieser Stelle meiner Haushaltsrede wäre es am einfachsten die alten HH-Reden aus dem Ordner zu holen und wieder zu verwenden. Lediglich die Zahlen für die Betriebskosten, Mieten, Reinigungskosten, Porto- und Fernmeldekosten müssten ausgetauscht werden, denn diese steigen jährlich kontinuierlich.

Werfen wir einen Blick auf die einzelnen Fachbereiche, in denen man übergreifend feststellen konnte, dass das Problem der Erhöhung der Mieten, Betriebskosten und Reinigungskosten uns weiter begleitet. So steigern sie sich um 50 bis 80 Prozent zum Vorjahresergebnis. Die Verwaltung des Eigenbetriebs ZGM war bemüht die Kostensteigerungen zu erklären, konnte jedoch nicht in jeden Fall zur Aufklärung beitragen.

Hier stellten sich folgende Fragen,

1. wieso kommt es zu diesen Erhöhungen und warum haben wir die Steigerung seit der Gründung des EB-ZGM hingenommen

oder

2. wurden vorher geschönte Zahlen in die HH- entwürfe eingearbeitet,

und

3. wieso kommt es zu den Erhöhungen seit der Ausgliederung der
Reinigungskräfte aus der Stadtverwaltung?

Eigentlich sollten doch die Ausgliederungen einzelner Bereiche zur Senkung von
Kosten und Verwaltungsaufwand beitragen.

Zur Errichtung von EB hat unsere Fraktion deutlich gemacht, dass diese Rechtsform
nicht unweigerlich Spareffekte zur Folge haben müssen. Die Schwierigkeiten im EB
ZGM haben wohl eher zur Erhöhung statt zur Senkung der Kosten geführt. Der
Neugegründete EB Kita wird wohl auch nicht zur Haushaltseinsparung führen. Das
Problem der EB ist, dass sie ein Teil der Stadtverwaltung sind, d.h. wenn sie
Nachträge produzieren steht die Stadtverwaltung in der Pflicht diese auszugleichen.
Hier sei nur der erhöhte Zuschussbedarf an den EB-KITA erwähnt: immerhin 780.000
Euro.

Haben wir das Ziel des Sparens durch Eigenbetriebe nicht verfehlt? Wenn das so ist,
müsste man dann nicht darüber nachdenken den EB aufzulösen und in das
kommunale Unternehmen zurückzuführen? Denn der Eigenbetrieb ist ja nur *eine*
Gestaltungsmöglichkeit eines kommunalen Unternehmens.

Zudem stellt sich die Frage, im Bezug auf die extreme Erhöhung im
Reinigungsbereich, warum die Verträge bis 2011 mit der Stadtwirtschaft erst vor
kurzen geschlossen wurden? Vielleicht ist es eine Überlegung wert, Bereiche die
ausgliedert wurden, zu überprüfen und gegebenenfalls wieder in die
Stadtverwaltung zurück zu führen (oder harte Vertragsverhandlungen an den Tag zu
legen). Andere Kommunen denken bereits ebenfalls über solche Schritte nach.
Letztlich nur eine Idee - ohne gleich im großen Stil das Tafelsilber der Stadt Halle auf
den Markt zu werfen.

Kostminimierung im Bereich der Betriebskosten verspricht eine Wiederbelebung des
Projekttes „Klimaschutz macht Schule“. Neben den Bereichen Kita und Schule, macht
hier eine Ausweitung auf alle Verwaltungseinheiten Sinn.

Sehr geehrte Damen und Herren,
mir ist unverständlich warum solch ein Projekt, das bundesweite Anerkennung und praktische Umsetzung findet, in der halleschen Stadtverwaltung eingeschlafen ist, obwohl dieses ein ureigenes Anliegen sein sollte und nicht erst durch mehrere Anträge aus der letzten und jetzigen Legislatur vielleicht wieder eine Umsetzung erfahren könnte. Denn verstehe ich die Stadtverwaltung in ihrer Antwort richtig, dann soll der Antrag ohne Zeitangabe vertagt werden und erst einmal im EB-ZGM beraten werden.

Dies, meine Damen und Herren, ist Zeit- und Geldverschwendung. Schauen Sie auf unsere Nachbarstädte, dann sehen Sie in welchen Größenordnungen Einsparungen erzielt werden können?

Auch hier gilt – egal in welchen Jahr man in die alten HH-Reden schaut, in jedem Jahr steigen die Porto- und Fernmeldegebühren innerhalb der Stadtverwaltung stetig und wie in jedem Jahr mahnen die Stadträte unterschiedlicher Fraktionen.

Während man im privaten Bereich zur Kostensenkung in der HH-Kasse beitragen kann, indem man zum Beispiel den Anbieter wechselt, stellt man im öffentlichen Raum eine stetige Erhöhung fest.

Erst nach dem in den Fachausschüssen diese Erhöhungen angesprochen wurden, gab es Austauschblätter, die Kostensenkungen in einigen Fachbereichen auswiesen.

Eine Frage bleibt, Kann die Stadtverwaltung auf Vertragsgestaltung innerhalb dieses Bereiches Einfluss nehmen? Wenn Ja, warum tut sie es nicht.

Völlig unverständlich ist für mich, warum die Stadtverwaltung derartige Probleme nicht verwaltungsintern erkennt und lösungsorientiert reagiert.

Sehr geehrte Damen und Herren,
im schulpolitischen Bereich hat sich der Stadtrat mehrheitlich für die Sanierung von Schulen durch das PPP-Modell entschieden. Wir hoffen sehr, dass das eingesetzte Gutachtergeld eine lohnende Investition in die Zukunft war und nicht zur Belastung des Haushaltes zukünftiger Generationen führen wird. Wir haben diesem Modell

zugestimmt, da auch wir erkannt haben, dass der aktuelle städtische Haushalt keine Mittel zur Verfügung hat, um dringende Sanierungen und Modernisierungen von Schulen und Kindertageseinrichtungen in Angriff zu nehmen.

und

Trotz mittelfristiger Schulplanung und deren Umsetzung konnten wir die geplanten Summen für Einsparungen im Haushalt nicht finden. Es fehlt eine Auflistung der einzelnen bereits geschlossenen Schulen mit deren jeweiligen Kosten vor und nach der Schließung.

Der kulturpolitische Bereich, sehr geehrte Damen und Herren, weist klare Lücken in der Darstellung von Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit auf. Statt die Einnahmen so zu planen, wie sie tatsächlich sind, werden den Stadträten Jahr für Jahr geschönte Zahlen vorgelegt.

Am Beispiel der Oper lässt sich diese Behauptung gut nachvollziehen:

Im HH-Entwurf der Oper werden die Einnahmen für die Leistungserbringung der Theaterwerkstätten an die anderen Kultureinrichtung der Stadt mit 340.000 € angegeben. Seit dem Jahre 2004 sinken die Einnahmen kontinuierlich von 214.683,21 € auf 29.107,20 € im Jahr 2007, das sind im Ergebnis 245.437,16 € weniger als tatsächlich benötigt.

Bei den Eintrittsgeldern finden wir das gleiche Phänomen. Im Jahre 2004 steht ein IST von 918.235,09 € der geplanten Summe von 1.185.000 Mio. € gegenüber.

In den Jahren 2005 und 2006 wurden die geplanten Einnahmen jeweils um 280.000 Euro und um 168.000 Euro unterschritten. Trotz der Preiserhöhung hat es die Oper nicht geschafft, an ihre Planzahlen heranzukommen.

Zusätzlich hat sie für die vergangenen Jahre ein Mehrbedarf von ca. 450.000 Euro geltend gemacht, der nachträglich im Haushalt eingestellt werden musste.

Der Forderung hier mit einem klaren Zahlenmaterial aufzuwarten, ist die Verwaltung über die Jahre hinweg nicht nachgekommen. Stattdessen wird von dem Stadtrat erwartet, dass der entsprechende Antrag gestellt werde.

Ich möchte ausdrücklich betonen, dass dieser Zustand nicht allein am Opernhaus zu finden ist.

Im jugendpolitischen Bereich, meine Damen und Herren, wurden immense Summen für Gutachten ausgegeben, um zu einer sinnvollen HH-Konsolidierung zu kommen. Im Bereich der Hilfe zur Erziehung sollen immerhin 4 Mio. € eingespart werden. Aber wie will die Verwaltung dieses Ziel erreichen, wenn aufgrund steigender Fallzahlen sich die Ausgaben in diesem Bereich erhöhen werden.

Ein Fachkonzept wurde erstellt, Ziel war es Akteure der Wirtschaft, der Kultur und des Sportes in die Sozialraumplanung aufzunehmen. Auf Anfragen unserer Fraktion konnte weder was zur Umsetzung, noch in welchen Sphären der doch sehr hohe Beitrag erreicht werden soll.

Sehr geehrte Damen und Herren,
das Haushaltsdefizit insgesamt wird auch mit dem zu verabschiedenden Haushaltsplan - für das laufende Jahr 2007 - **zunehmen**. Auf die Problematik der Zuweisungen von Finanzen durch Land und Bund bin ich zu Beginn kurz eingegangen.

Haushaltskonsolidierung kann aber nicht nur Kritik an Land und Bund zur Folge haben. Wir sind gezwungen auch auf unsere eigenen spezifischen Probleme zu schauen. Denn die Entwicklung der Einwohner- und Arbeitslosenzahlen schlagen sich ebenfalls auf den Einnahmen- und Ausgabeseiten Kassen nieder.

Wenn wir uns nicht verändern, werden wir verändert.

Dem müssen wir vorbeugen. Im Moment können wir fast nur noch reagieren statt gestalten. Deswegen ist es notwendig, dass die geplante Haushaltskonsolidierung auch wirksam umgesetzt wird.

Eine langfristige Personalplanung in der Stadtverwaltung ist deshalb unerlässlich, sie muss auch den aktuellen Einwohnerzahlen gerecht werden.

Aber das geht nicht ohne Organisations- und Aufgabenkritik. Wir Bürgerinnen und Bürger sind angewiesen auf hoch motivierte Mitarbeiter in der Verwaltung. Denn diese Mitarbeiter verwalten, planen und geben letztendlich das Geld aus, welches wir mit dem Haushaltsplan zur Verfügung stellen.

Motivierte städtische Mitarbeiter können wir nur haben, wenn es ein klares und transparentes Personalentwicklungskonzept gibt. Das fehlt bis heute, trotz wiederholter Forderungen auch aus unserer Fraktion.

Im Rahmen der HHK will die Stadtverwaltung in den nächsten Jahren 9 Millionen Euro einsparen. Dabei wird sie verschiedene Modelle zur Umsetzung verfolgen. Leider konnten diese Modelle in den Fachausschüssen nicht logisch und transparent dargestellt werden. Jedenfalls hat mich die Darstellung der Modelle nicht wirklich überzeugt und ich bezweifle, dass die 9 Mio. € tatsächlich in die HH-Konsolidierung einfließen werden. Schließlich sind hier ja einige Hürden zu überwinden.

So ist nicht klar, wer die eigentliche Arbeit in der Stadtverwaltung leistet, wenn der größte Teil der Stadtverwaltung auf eine 33 Stunden Woche gesetzt wird.

Im Gegenzug werden Stellen verwaltungsintern ausgeschrieben, mit einer Vergütungsgruppe 1b, die einen Hochschulabschluss voraussetzen. In der Ausschreibung werden diese Bedingungen aber nicht benannt. Wie soll man nun, den Steuerzahlern und den Verwaltungsmitarbeitern die Vorgehensweise plausibel erklären. Hier ist schon jetzt Kritik vom Landesverwaltungsamt vorprogrammiert.

Unsere Gewerbesteuererinnahmen sind im Vergleich zu anderen - ähnlich großen – Städten beschämend gering. Deswegen ist eine Stärkung der ortsansässigen Firmen unerlässlich.

Die Pläne von Frau Oberbürgermeisterin Szabados, dem Bereich Wirtschaftsförderung eine stärkere Bedeutung zukommen zu lassen, durch die Einrichtung eines eigenen Geschäftsbereichs in der Stadtverwaltung, lassen Hoffnung keimen. Das neue Dezernat muss sich aber an Erfolgen messen lassen und der Erfolgsdruck ist enorm. Aber auch hier werden Gelder in die Hand genommen, die wir im Stadtrat per Haushaltsbeschluss zur Verfügung stellen.

Und wir werden und müssen genau hinschauen wofür die Gelder eingesetzt werden. Weitere Flops, wie die damals geplante Dauerausstellung „Phänomene“ oder das brach liegende Gelände für die erhoffte BMW-Ansiedlung, können wir uns finanziell einfach nicht leisten.

Auch muss hier die Frage erlaubt sein, was eigentlich aus der geplanten Müllverbrennungsanlage geworden ist. Sie sollte schon lange aufgebaut sein, zu mindest war das zur Zeit der Verabschiedung im Stadtrat der Plan.

Und was ist mit dem Stadionneubau? In beide Projekte ist für die Vorbereitung viel Geld geflossen

Zitat:

Wer viel Geld hat, kann spekulieren; wer wenig Geld hat, darf nicht spekulieren;

André Kostolany - ungarischer Börsenexperte

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Ausspruch „Ausgaben senken und Einnahmen erhöhen“ war in der Zeit des OB-Wahlkampfes oft zu hören. Aber dieser Spruch ist nicht allein auf unsere Stadtverwaltung anzuwenden, hier müssen die städtischen Gesellschaften mit eingeschlossen werden. Verstärktes Controlling, im Sinne von Steuerung, ist gefordert. So ist u. a. das Erlebnisbad Maya Mare noch nach Jahren auf Zuschüsse angewiesen. Die Gelder kommen nicht direkt aus unserem städtischen Haushalt aber sie fehlen uns schließlich auf der Einnahmenseite.

Zum Schluss möchte ich noch folgendes anmerken:

Die Konsolidierung des Haushaltes der Stadt Halle ist Voraussetzung für die Aufrechterhaltung bzw. Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Sie erfordert auch das rechtzeitige und eigenverantwortliche Engagement bei der Umsetzung von notwendigen Strukturveränderungen. Ohne einen grundlegenden Konsolidierungskurs wird das strukturelle HH-Defizit der Stadt Halle weiter anwachsen.

Die Stadtverwaltung hat sich im HHK einen Rahmen gegeben, um der Verschuldung im Ansatz gerecht zu werden, aber wo und wie zeigen sich die Wirkungen? Oder ist das, was dort auf dem Papier, steht doch nur Makulatur? Ein Beispiel möchte ich an dieser Stelle benennen, wie in jedem Jahr bekommen wir die Maßnahmeblätter zur HHK und selten wurde die HHK geschafft, die sich die Stadtverwaltung selber vorgenommen hat. So konnte der Verkauf oder die Ausgliederung an einen privaten Investor der Peißnitzeisenbahn nicht wirklich umgesetzt werden. Stattdessen hat der zuständige Dezernent auf eine Ausschreibung verzichtet, weil der zuständige Mitarbeiter bereits private Gespräche geführt habe. Es wurde der Weg des geringsten Widerstandes gewählt und ein städtischer Betrieb mit der Übernahme beauftragt. Dies, meine Damen und Herren,

ist in meinen Augen keine echte Haushaltskonsolidierung, zumindest so lange nicht, als die HAVAG über die VVV Zuschüsse erhält.

Sehr geehrte Damen und Herren,

HHK und Finanzservices gehören unweigerlich zusammen. Den alten Zustand der Trennung hat die neue Oberbürgermeisterin bereits in Angriff genommen, nämlich die strukturelle Einbindung der Stabstelle in den Finanzservice. Damit hat sie für den Finanzdezernenten eine Handlungsgrundlage geschaffen.

Leider ist die für 2009 geplante Umstellung unseres städtischen Haushalts- und Rechnungswesens vom alten Kameralistik-System auf DOPPIK noch eine Weile hin. Aber mit Einführung der DOPPIK entsteht eine neue Transparenz. Die angestrebte Neuerung macht Hoffnung, denn sie kann - neben der zu erwartenden Transparenz - auch eine enorme Arbeitserleichterung für die Damen und Herren Stadträte sein, die ehrenamtlich hunderte von Seiten an Zahlenkolonnen durcharbeiten müssen, die dann in der nächsten Woche bereits Makulatur sein können. Für die Beratungen zum Haushalt 2008 mahne ich schon jetzt ein geeignetes elektronisches Aktualisierungssystem an. Das beschleunigt die Beratungen und birgt die Möglichkeit einer echten Transparenz, auch für Laien.

Außerdem muss der Beschluss zur Vorlage von Eckwerten in diesem Jahr umgesetzt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Abschließend möchte ich noch einmal auf den Grundsatz zur Bewirtschaftung der Ausgaben zurückkommen,

die im Haushaltsplan zur Verfügung gestellten Mittel müssen so verwaltet werden, dass sie zur Deckung aller Ausgaben ausreichen, die unter die einzelnen Zweckbestimmungen fallen. Sie dürfen erst dann in Anspruch genommen werden, wenn die Aufgabenerfüllung es erfordert. Dabei sind die Grundsätze der sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung zu beachten.

Mit

- konsequenter Umsetzung des Maßnahmekatalogs Ausgleich der Altdefizite
- konsequenter Einbringung der FK der Kultur in den Lenkungsausschuss
- Umsetzungsprotokollen und Kontrollberichten

- Vergabestatistik
- Umsetzung des Stadtratsbeschluss zur Erstellung eines PEK
- Maßnahmenkatalog bei nicht erfolgter Umsetzung der HHKK

könnten wir einer weiteren Fehlentwicklung entgegensteuern.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir möchten uns ausdrücklich bei Frau Beßler, Frau Müller, Frau Riese und Herrn Geier für ihre Arbeit bedanken.

Außerdem möchten wir uns bei dem FB Rechnungsprüfung und für den Bericht des LRH bedanken. Sie alle haben zur Aufklärung von Unsicherheiten beigetragen, soweit dies in ihrer Macht lag.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!